



Antrag

Bearbeitung: Tim-Alexander Reclam (E-Mail: tim-alexander.reclam@luebeck.de Telefon: 122-1041)

AT zu 'VO/2021/09658 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Deponie plus-Maßnahmen für Niemark'

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.02.2021	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

1. Der Bürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Kieler Ministerium für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) eine lokale Begleit- gruppe im Rahmen des Deponie plus-Konzeptes ins Leben zu rufen, die zusätzliche Sicher- heitsmaßnahmen für die Einlagerung von freigemessenem AKW-Bauschutt auf der Deponie Niemark vorschlägt, deren Finanzierung durch den AKW-Betreiber sicherstellt und für Trans- parenz im Entscheidungs- und Einlagerungsprozess sorgt.

Die Begleitgruppe tagt öffentlich und sollte Vertreter*innen von Naturschutzbeirat, interes- sierte Anlieger*innen, Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL), Verwaltung und die abfallpoliti- schen Sprecher*innen der Bürgerschaftsfraktionen sowie ggf. weiteren Beteiligte beinhalten.

2. Zwischen der Deponie Niemark und dem nächstgelegenen Wohngebiet sowie auf der Deponie Niemark selbst werden zur kontinuierlichen Messung von Umgebungsstrahlung Messpunkte eingerichtet. Dabei wird auf die Erfahrungen des Bundesamtes für Strahlen- schutz hinsichtlich der Messgeräte und der Messabläufe zurückgegriffen, um möglichst ver- gleichbare Werte zu erhalten, die mit vorhandenen Messpunkten in Stockelsdorf und Blan- kensee verglichen werden können. Die Messungen beginnen so schnell wie möglich, um einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen. Die Daten werden über die Webseite der Hansestadt Lübeck allgemein zugänglich gemacht. Die Kosten von 5.000-10.000 € je Gerät sind im Haushalt der Hansestadt Lübeck zu ordnen.

Begründung:

Das MELUND hat federführend im Rahmen des Deponie-plus-Konzeptes umfangreiche Maßnahmen zur Qualifizierung und Steigerung der Sicherheit bei der Einlagerung des AKW- Bauschutts auf Deponien in Schleswig-Holstein initiiert, die von den AKW-Betreibern finan- ziert wurden. In diesem Zusammenhang hat auch eine lokale Begleitgruppe für die Deponie in Wiershop bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, deren Finanzierung durch den AKW-Betreiber übernommen wurde.

Um auch für die Deponie in Niemark ein Höchstmaß an Sicherheit und Kontrolle bei der Ein- lagerung von AKW-Bauschutt zu gewährleisten und von den AKW-Betreibern finanzieren zu lassen, sollte auch hier mit Unterstützung des MELUND eine entsprechende Begleitgruppe eingerichtet und die lokal sinnvollen und notwendigen Maßnahmen erarbeitet werden.

Dabei sind insbesondere die separate Lagerung des AKW-Bauschutts und Kartierung auf dem Deponiegelände zur besseren Überwachungprüfung und Rückholbarkeit, die Notwendigkeit eines verbesserten Sickerwassersystems zusätzlich zu den eines Sickerwasserschutzes der für den Schutt verwendeten Big Bags, die Etablierung einer externen Kontrollinstanz (z.B. TÜV) und zusätzliche engmaschige Messungen auf dem Deponiegelände zu prüfen.

Anlagen:

Vorsitzende/r
der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen